

«Projekt wird sich verzögern»

GEOTHERMIE Der Zeitplan für das im Grossraum Sursee geplante Kraftwerk wird über den Haufen geworfen. Erstens gibt es politischen Druck, und zweitens drohen Einsprachen.

LUKAS NUSSBAUMER
lukas.nussbaumer@luzernerzeitung.ch

In einem Punkt sind sich die sechs im Kantonsrat vertretenen Fraktionen einig: Das Erdbeben in St. Gallen stellt für die Geothermie einen Rückschlag dar. Ebenso einig sind sich die Politiker grundsätzlich, wie in Bezug auf das im Kanton Luzern geplante Geothermie-Kraftwerk weiter vorgegangen werden soll: Es wäre falsch, diese alternative Energieform fallen zu lassen.

Dennoch gibt es jede Menge kritische Fragen zu den in der Region Sursee-Mittelland geplanten Bohrungen. Beispielsweise von CVP-Kantonsrat Raphael Kottmann aus Mauensee. Er hat gestern einen politischen Vorstoss eingereicht und möchte von Baudirektor Robert Küng unter anderem wissen, warum er ein Moratorium ablehnt. Küng machte diese Aussage in der Montagsausgabe unserer Zeitung. Kottmann: «Ich möchte erfahren, welche Fakten und Überlegungen Robert Küng zu dieser Aussage bewegen haben und welche Aspekte er in eine allfällige Risikoanalyse einbezogen hat.» Seiner Ansicht nach darf «jetzt nicht einfach ohne kritische

Reflexion weitergeplant werden». In der Bevölkerung sei eine Verunsicherung spürbar, die es ernst zu nehmen gelte.

Der Agronom möchte auch wissen, ob die Langzeitfolgen einer flächendeckenden oder ausgedehnten Nutzung von Geothermie auf das Bodengefüge und den Wärmehaushalt im Untergrund bekannt oder abschätzbar sind. «Ich will nicht den Teufel an die Wand malen, zumal die Energiewende in der CVP unbestritten ist. Aber eine Zusatzschleife, um mehr Sicherheit zu gewinnen, muss in Erwägung gezogen werden.»

«Es braucht einen Marschhalt»

Gross ist die Skepsis auch bei Urs Brücker (GLP, Meggen). Er sagt: «Es braucht einen Marschhalt.» Einen Übungsabbruch fordert der Grünliberale nicht, jedoch vertiefte Abklärungen. «Die dadurch entstehenden Verzögerungen nehme ich in Kauf. Die Energiewende ist deswegen nicht gefährdet.»

Weitermachen, aber die Ergebnisse der Abklärungen in St. Gallen berücksichtigen: Das findet FDP-Kantonsrat Josef Langenegger aus Malers. Für ihn ist klar: «Es wird sicher Verzögerungen geben.» Warum, liegt auf der Hand: Vertiefte Abklärungen brauchen mehr Zeit, und es dürfte aufgrund der wachsenden Skepsis in der Bevölkerung Einsprachen geben. Wer Bohrungen und seismische Abklärungen treffen will, muss nämlich ein ordentliches Bauverfahren durchlaufen. Gegen eine allfällige Bewilligung kann ebenso Einsprache erhoben werden wie gegen eine vom Regierungsrat erteilte Konzession für die Gewinnung des Bodenschatzes.

Der Zeitplan der Firma Geo-Energie Suisse, die nicht nur im Kanton Luzern Geothermie-Kraftwerke bauen will, sieht folgendermassen aus: Noch in diesem Herbst will Geo-Energie-Suisse-Ge-



«Man darf jetzt nicht einfach ohne kritische Reflexion weiterplanen.»

RAPHAEL KOTTMANN,
CVP-KANTONS RAT

schäftsführer Peter Meier entscheiden, an welchem Standort im Kanton Luzern ein Kraftwerk entstehen soll. Frühestens 2017 soll gebohrt werden, ab 2020 könnte das Geothermie-Werk seinen Betrieb aufnehmen. Meier rechnet mit Investitionen von 80 bis 100 Millionen Franken für das Kraftwerk, das Strom für etwa 6000 Haushalte liefern soll.

Nach St. Gallen die Lehren ziehen

In der kantonsrätlichen Kommission für Raumplanung, Umwelt und Energie (Ruek) war das aufgrund eines Vorstosses von SP-Fraktionschefin Silvana Beeler Gehrler (Luzern) ausgearbeitete

Geothermie-Gesetz im Grundsatz genauso unbestritten wie im Februar und März im Kantonsrat. Jetzt, nach dem Erdbeben in St. Gallen, äussern sich die in der Ruek vertretenen Fraktionen so:

- **CVP:** Jakob Lütolf (Wauwil) präsidiert die Ruek. Für ihn ist klar, dass es jetzt eine saubere Auslegeordnung braucht. «Wir müssen wissen, was in St. Gallen genau abgelaufen ist, und daraus die richtigen Schlüsse ziehen», sagt Lütolf.
- **SVP:** Die Geothermie stecke noch in den Kinderschuhen. Deshalb seien exakte Abklärungen besonders wichtig, findet Fredy Winiger aus Kleinwangen. Sein Vorschlag lautet: «Weitermachen, aber keine Schnellschüsse zulassen.»
- **FDP:** «Ein Abbruch wäre falsch. Die Geothermie ist ein wichtiges Puzzle-Teil beim Atomausstieg», sagt Kommissionsmitglied Josef Langenegger.
- **SP:** Fraktionschefin Silvana Beeler Gehrler glaubt, dass die Akzeptanz der Geothermie in der Bevölkerung noch immer hoch ist. «Energie aus einem Geothermie-Kraftwerk steht unabhängig von Sonne oder Wind konstant zur Verfügung. Deshalb ist diese Energieform so wertvoll», sagt das Ruek-Mitglied.
- **Grüne:** Andreas Hofer (Sursee) bedauert, was in St. Gallen passiert ist. Schliesslich trage Geothermie zu einem wesentlichen Teil zur Energiewende bei. «Ich bin nach wie vor positiv eingestellt. Die Risiken sind kalkulierbar», so Hofer.
- **GLP:** Urs Brücker (Meggen) ist einer der weniger grundsätzlichen Skeptiker der Geothermie. Für ihn ist klar: «Wir würden uns gescheitert auf die Fotovoltaik konzentrieren. Hier stimmt das Verhältnis von Aufwand und Ertrag.»

In Moskau weibelt ein Luzerner

RICKENBACH/MOSKAU

im August 2008 vertritt die Schweizer

CHRICHTEN

Auto brennt auf Autobahn

NEUKIRCH red. Gestern Morgen hat auf der Autobahn A 2 bei Raststätte Neuenkirch ein Auto gebrannt. Der Unfall ereignete sich nach 7 Uhr in Fahrtrichtung Luzern. Verletzt wurde laut Luzerner Polizei niemand. Die Ursache ist noch unklar.

E-Voting: SVP fordert Abbruch

LUZERN red. Die Liste der Nachbarn der elektronischen Stimmabgabe (E-Voting) sei derart lang, dass ein Festhalten daran unverantwortbar sei, schreibt die SVP im Kanton Luzern in einem Communiqué. Präsident Franz Zimmermann fordert deshalb den sofortigen Abbruch des Projekts. Die Partei bezieht sich auf den Kanton Luzern, wo ein IT-Spezialist im Juni monstrierte, dass das System manipulierbar ist. Luzern ist am nächsten an der E-Voting-System beteiligt.

Urgpiste: Baueingabe sistiert

FLUBAG red. Die Flubag AG beim Bundesamt für Zivilluftfahrt hat die Sistierung der Baueingabe beantragt. Dies sagt Urs Holderregger, Kommunikationsbeauftragter beim Bazl, auf Anfrage. Die Flugplatzbetreiberin hat Anfang Juli entschieden, das Bauverfahren für eine Asphaltpiste zurückzuziehen. Dies, nachdem am runden Tisch ein Konsens gegen die Asphaltpiste herrschte (Ausgabe vom 6. Juli). Das Projekt nun definitiv vom Tisch, bleibt offen. «Die politischen Verhandlungen sind sich einig, dass das